

## **AGEZ-PRESSEINFORMATION**

### **Titel: Auslagerung der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit an Agentur ADA**

### **Utl.: NGOs begrüßen Erhöhung der EZA-Mittel für 2004, kritisieren aber fehlenden Dialog mit betroffenen AkteurInnen und unklaren Status der NGOs**

Wien, 23. Juni 2003 – Anlässlich des heute tagenden entwicklungspolitischen Unterausschusses im Parlament nehmen die NGOs Stellung zur operativen Auslagerung der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (EZA). Eine entsprechende Gesetzesnovelle hat bereits den Ministerrat passiert; sie soll noch vor dem Sommer im Parlament beschlossen werden.

Mit der Errichtung der ADA ist eine weitgehende Veränderung des EZA-Gesetzes verbunden, von der viele AkteurInnen betroffen sind. Die in der AGEZ zusammengeschlossenen NGOs kritisieren, dass diese Ausgliederung nicht in ausreichendem Maße mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen diskutiert worden ist, obwohl die Auslagerung an eine private GmbH im Eigentum des Bundes eine grundlegende strukturelle Veränderung der österreichischen EZA darstellt.

Positiv wird von den NGO-VertreterInnen bewertet, dass über die Einrichtung der Agentur ADA eine Erhöhung der EZA-Mittel von 30 Mio. Euro für 2004 möglich geworden ist. Sie würdigen die Anstrengungen von Bundesministerin Ferrero-Waldner, mehr Mittel für die Erfüllung der international vereinbarten Ziele der Armutsbekämpfung aufzubringen. Auch wurden einige der von der AGEZ vorgeschlagenen Änderungen in die Regierungsvorlage des EZA-Gesetzes aufgenommen. So wurde in den Erläuterungen vermerkt, dass die Möglichkeit privater Zuwendungen an die ADA nicht bedeuten, dass sie dazu angehalten ist, sich durch öffentliche Spendenaufrufe zu finanzieren. Auch anderen Anliegen der NGOs konnte Rechnung getragen werden: es wurde präzisiert, dass es um die Unterstützung einer nachhaltigen wirtschaftlichen, sozialen und umweltgerechten Entwicklung geht.

Die AGEZ vermisst jedoch - wie schon in der Vergangenheit - die nötige Kohärenz in der EZA durch eine Koordinations- und Richtlinienkompetenz im Außenministerium. Die NGOs fordern, dass die ADA auch Ausbau und Sicherung der Arbeit und Rolle der österreichischen NGOs zur Aufgabe haben sollte.

Prinzipiell sind einige Punkte noch offen, die die NGOs realistischerweise nicht mehr in das Gesetz unterbringen können, die aber dennoch von ihnen weiterhin vertreten werden. Angesichts der Verpflichtung Österreichs, die Ausgaben für EZA bis zum Jahr 2006 auf 0,33% des BNE zu steigern - was die Entwicklungsorganisationen als ersten Schritt für das 0,7%-Ziel sehr begrüßen - fordern sie die Einrichtung eines eigenen NGO-Budgetbereichs für eine langfristige und sichere Arbeitsbasis.

Die Ausformulierung der Unternehmensziele der ADA wird ausschlaggebend dafür sein, in welche Richtung sich die österreichische EZA weiterentwickeln wird. Dies wäre eine konkrete Möglichkeit, den geforderten öffentlichen und strukturierten Dialog mit allen betroffenen AkteurInnen noch nachzuholen.

Rückfragen richten Sie bitte an:

Mag. Elfriede Schachner, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit (AGEZ); Tel. 0699-107 66 216